

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 102 (2005)
Heft: 4

Rubrik: Auftakt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Dämpfer für das neoliberale Projekt

Zum Schluss hat er noch ein deutliches Zeichen gesetzt: Beim EU-Gipfel Ende Oktober schrieb der scheidende Bundeskanzler Gerhard Schröder seinen Amtskollegen ins Stammbuch, der Markt dürfe nicht zum «letztgültigen Massstab für politisches Handeln» werden. Schröder, dem der kürzlich verstorbene SPD-Vordenker Peter Glotz in seiner Autobiografie ein hohes Mass an «Wandlungsfähigkeit» attestiert, hat vermutlich gemerkt, dass sich der Wind dreht: Eine Reformpolitik, die das Bedürfnis nach sozialer Sicherheit negiert und alles Heil von Liberalisierungen erwartet, stösst auf Widerstand. Das französische und niederländische Referendum über die europäische Verfassung sowie die deutsche Bundestagswahl vom 18. September sind Belege dafür, dass dem neoliberalen Projekt die Akzeptanz abhanden kommt. Die marktradikalen Positionen der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel haben viele aufgeschreckt, die Union stürzte auf klägliche 35 Prozent ab. Wer Neoliberalismus pur wollte, wählte lieber gleich FDP.

Mit einem volksnahen Wahlkampf wollte Schröder vertuschen, dass es seine Regierung war, die mit ihrer «Agenda 2010» einseitige Belastungen für die weniger Privilegierten geschaffen hat. Dagegen durften die Reichen unter Rot-Grün ganz ungeniert noch reicher werden. Diese Taktik hat sich ausgezahlt – zwar nicht für Schröder selbst, aber für seine Partei: Die sozialdemokratischen Verluste fielen bedeutend geringer aus als erwartet. Bemerkenswert ist das Comeback der Linkssozialisten: Die Linkspartei.PDS entwickelte eine nachvollziehbare Kritik an der herrschenden Politik des Staatsumbaus auf Kosten der Schwachen.

Weil der rechnerischen «Mehrheit links von der Mitte» kein gemeinsames politisches Programm entspricht, bleibt nichts anderes als eine grosse Koalition der Verlierer. Faktisch gab es die Zusammenarbeit zwischen SPD und CDU/CSU bereits während Schröders Kanzlerschaft: Die allermeisten rot-grünen Gesetze hätten ohne Zustimmung der Unionsparteien die parlamen-

tarischen Hürden nicht passieren können. Es ist zu erwarten, dass die schwarz-rote Koalition das System der sozialen Sicherheit weiter ausöhnen wird. Alleine schon die angekündigte Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre zeigt die Paradoxien des Kurses: In Deutschland beschäftigen heute mehr als 50 Prozent der Betriebe keine über 50-Jährigen. Angesichts eines Heers von Arbeitsuchenden wählt man lieber die Jüngeren, Unverbrauchten. In einer solchen Situation bedeutet die Erhöhung des Rentenalters nichts anderes als eine Verlängerung der prekären Übergangsphase zwischen Lohnarbeit und Ruhestand.

Peter Glotz hatte einst das Bild von der SPD als einem schwer manövrierbaren Tanker geprägt. Diese Charakterisierung trifft inzwischen auch auf die Union zu. Beide «Volksparteien» versuchen jetzt mit mehr oder weniger vereinten Kräften wieder flott zu werden, indem sie «Ballast» abwerfen und den Sozialstaat «verschlanken». Ob ihnen das etwas nützen wird?

Kurt Seifert